

Business Improvement Districts in Deutschland – Kontextualisierung einer „mobile policy“

ROBERT PÜTZ und CHRISTIAN STEIN, Frankfurt am Main
BORIS MICHEL und GEORG GLASZE, Erlangen

Mit Business Improvement Districts (BID) hat sich in Deutschland ein Instrument der Stadtentwicklungspolitik etabliert, das exemplarisch für eine „mobile policy“ angesehen werden kann. Hierunter versteht man Politikmodelle, die sich über nationale Grenzen hinweg verbreiten und in unterschiedlichen regionalen Kontexten implementiert werden und damit ein beredtes Beispiel dafür sind, wie sich lokale Stadtpolitik zunehmend in translokalen Netzwerken konstituiert. Das BID-Modell verheißt, privates Kapital und privates Engagement gewinnen zu können und dadurch innerstädtische Zentren im Wettbewerb mit peripheren Lagen und Shopping-Centern nachhaltig zu stärken.

Im Beitrag fokussieren wir zunächst auf die Frage, inwieweit das Konzept BID als typisch für neue Governance-Formen der „unternehmerischen Stadt“ angesehen werden kann und seine weltweite Verbreitung und Implementierung damit Aussagen über allgemeine Neoliberalisierungsprozesse der Stadtpolitik zulässt. Anschließend loten wir Potenziale und Grenzen unterschiedlicher sozialwissenschaftlicher Ansätze aus, welche die Ausbreitung von Politikmodellen konzeptualisieren. BID in Deutschland dienen dabei als Fallstudie.

Schlüsselwörter: Business Improvement Districts, Deutschland, Policy Mobilities, Public Private Partnerships, Unternehmerische Stadt

Business Improvement Districts in Germany – Contextualization of a “mobile policy”

The introduction of Business Improvement Districts (BID) in Germany can be seen as an exemplary case of a ‚mobile policy‘. As modes of governance that are being implemented throughout multiple national and international contexts, mobile policies offer prime examples for the ways in which urban policies are increasingly produced by translocal networks. BIDs promise to bring private capital and civic commitment to inner cities and to help them compete with suburban shopping centers.

In the first part of this article we focus on the question of whether BIDs can be regarded as paradigmatic for new modes of governance in the ‚entrepreneurial city‘ and whether its globalization can shed light on more general processes of neoliberal urbanism. In the second part we deal with the scope and limits of theoretical approaches that try to understand the global proliferation of policy models. Using the framework of a policy mobilities approach in particular, we draw on case studies on BIDs in Germany.

Keywords: Business Improvement Districts, Germany, Policy Mobilities, Public Private Partnerships, Entrepreneurial City

1 Einleitung: BID als Governance-Tool der „unternehmerischen Stadt“

Als Business Improvement Districts (BID) werden allgemein Gebiete bezeichnet, in denen Grundeigentümer oder Geschäftsinhaber gesetzlich verpflichtet sind, eine Abgabe für eine private Organisation zu leisten, die Programme zur Attraktivitätssteigerung des Gebiets durchführt (Pütz 2008, 7). Mit der Verabschiedung des „Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren (GSED)“ am 28.12.2004 war der Stadtstaat Hamburg das erste von mittlerweile sechs Bundesländern, die einen gesetzlichen Rahmen zur Implementierung von BID als Instrument der Stadtentwicklung geschaffen haben. Deutschland steht damit in einer langen Liste von Ländern weltweit, die auf BID als Politikmodell zur Gewinnung privaten Kapitals und Engagements für die Quartiersentwicklung setzen.

Konstitutiv für die Einführung des Instruments „Business Improvement District“ ist, dass sich fast immer explizit auf ein idealtypisches „Modell BID“ als Vorbild berufen wird, wenngleich in den jeweiligen internationalen wie auch nationalen Kontexten (z. B. innerhalb Deutschlands) unterschiedliche Bezeichnungen verwendet werden.

Im Expertendiskurs werden BID meist auf vier zentrale Merkmale kondensiert (Pütz 2012, 50f.). In der Praxis taugen diese nur bedingt als scharfe Definitionskriterien, weil national und regional faktisch immer wieder Abweichungen festzustellen sind. Die Rahmung von BID durch eine kleine Zahl von Merkmalen kann aber als zentrale Voraussetzung dafür angesehen werden, dass BID überhaupt erst zu einem „Politikmodell“ und damit in unterschiedliche nationale und internationale Kontexte übertragbar werden konnten.

Erstens ist es Bestandteil des BID-Modells, eine territorial definierte Organisationsform zu sein, deren räumliche Ausdehnung sich aber nicht an bestehende administrative Grenzen anlehnt, sondern „bedürfnisorientiert“ grundstücksscharf gezogen wird. Dadurch wird es

ermöglicht, den BID entsprechend der Zielsetzungen der maßgeblichen Akteure z. B. auf kommerziell genutzte Grundstücke zu beschränken. Gleichmaßen können dadurch auch widerspenstige Grundeigentümer, von denen Widerstand gegen die Gründung zu erwarten ist, aus dem BID-Gebiet ausgeklammert werden.

Zweitens stellt Partizipation ein wichtiges Legitimationsmuster des BID-Modells dar. Das zugrundeliegende Verständnis von Partizipation kann dabei in zweierlei Hinsicht als spezifisch angesehen werden. Zum einen wird die Möglichkeit der Entscheidung nur Akteuren eingeräumt, die mit der Entwicklung des Viertels wirtschaftliche Interessen verbinden und die später zur Finanzierung des BID herangezogen werden (Grundbesitzer und/oder Gewerbetreibende). Demgegenüber werden die Maßnahmen selbst häufig von anderen Akteuren entwickelt, vor allem Beratungsunternehmen, Stadtentwicklungsbehörden und Händlervereinigungen. Zum anderen ist das Erreichen von spezifischen Quoren (erforderliche aktive Zustimmung der Betroffenen zumeist zwischen 25 % und 33 %, für das Beispiel Hessen vgl. Achenbach 2009, 6) unter den Betroffenen hinreichend, um die Gründung des BID, seine räumlichen Grenzen und seine Aufgabenbereiche zu legitimieren. Somit ist de facto eine recht geringe Zustimmungquote erforderlich, um ein BID zu implementieren, während Widerstand organisiert werden muss, um es zu verhindern. Beide Möglichkeiten werden dabei nur einer kleinen Gruppe von Akteuren eingeräumt (in Deutschland z. B. Grundbesitzern). Insbesondere aufgrund der geringen demokratischen Legitimierung von BID steht das dahinter liegende Partizipationsverständnis regelmäßig in der Kritik (Eick 2012, 132).

Drittens wird zur Legitimation des BID-Modells formuliert, dass es die sogenannte Trittbrettfahrerproblematik löse, die freiwillige Organisationen wie Werbegemeinschaften auszeichne (hierbei profitieren auch Unternehmer von Werbemaßnahmen, die sich nicht an ihrer Finanzierung beteiligen) (Heinze 2007). Im Gebiet eines BID sind alle Grundeigentümer (und/oder Gewerbetreibenden) dazu zu verpflichtet,

eine finanzielle Abgabe zu leisten. Deren Höhe bemisst sich i. d. R. nach dem Einheitswert der Grundstücke und dient der Durchführung von Projekten zur „Attraktivitätssteigerung“ des jeweiligen Gebietes. Hierunter fallen zumeist Maßnahmen des Standortmarketings, mit denen Quartiere als Marke etabliert werden sollen – Namensgebung, Logos, Territorialisierungen durch Eingangsbereiche und einheitlich gestaltetes Mobiliar (Mülleimer, Dekorationen) –, Dienstleistungen im Bereich Sicherheit, Sauberkeit und Service, Baumaßnahmen (Straßenpflaster, Beleuchtungen) und die Einstellung von BID-Managern. Vorrangiges Ziel ist stets die Schaffung von Konsum anregenden Aufenthaltsqualitäten, um den innerstädtischen Handel und Dienstleistungen zu fördern und dadurch die Werthaltigkeit der Immobilien im jeweiligen Gebiet zu erhalten oder zu steigern.

Die BID-Pflichtabgabe wird meist von der jeweiligen Kommune als territoriale Sondersteuer eingezogen und anschließend an den zuständigen BID-Aufgabenträger weitergeleitet. Dies erfordert in den meisten Ländern – und gilt als vierter Baustein für die wirkungsvolle Umsetzung von BID – einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der die Sonderabgabe legitimiert. In Deutschland sind hierfür die Bundesländer zuständig. Seit einer Novellierung des Baugesetzbuches von 2007 ist in §171f festgelegt, dass nach Maßgabe des Landesrechts Gebiete definiert werden können, in denen in privater Verantwortung standortbezogene Maßnahmen durchgeführt werden, die der Stärkung städtischer Quartiere dienen.

Die stadtpolitische Wirkung von BID hängt stark von dem Budget ab, das für Maßnahmen im Stadtraum zur Verfügung steht. Dies schwankt in nationalem wie internationalem Maßstab erheblich. In Deutschland machen BID-Budgets zumeist nur einen Bruchteil dessen aus, was die öffentliche Hand in Maßnahmen im öffentlichen Raum investiert. Unabhängig davon kann das BID-Modell aufgrund seiner vier konstitutiven Bestandteile aber als typisch für Instrumente angesehen werden, die einer Regierungsrationale der „unternehmerischen Stadt“ (Harvey

1989) folgen (Peyroux et al. 2012). Ein Verständnis der internationalen Ausbreitung von BID verspricht damit Einblick in jene Prozesse, die seit dem Ende der 1980er Jahre unter dem Stichwort „Neoliberalisierung von Stadtpolitik“ zusammengefasst werden (Peck/Tickell 2002; Heeg/Rosol 2007; Belina et al. 2013). Hierunter werden all jene Prozesse verstanden, die auf die Übertragung von Marktmechanismen auf die Steuerung von Städten zielen und mit einem Set neuer Regulationen einhergehen, welche Städte und Stadtquartiere auf ökonomische Inwertsetzung und Effizienz ausrichten sollen. Die Berufung auf einen vermeintlich verschärften Standortwettbewerb legitimiert gemeinhin die Durchsetzung und Weiterentwicklung dieser Politikformen.

Als zentrale Bestandteile unternehmerischer Stadtpolitik gelten ein Bedeutungsgewinn der (sub-)kommunalen Ebene, neue Akteurskonstellationen und ein neues Selbstverständnis von „aktiver Standortpolitik“ im Zuge eines Wandels von Government zu Governance sowie eine zunehmende Privatisierung. Diese Aspekte kennzeichnen BID als neue Steuerungsform sowohl in institutioneller als auch in inhaltlicher Form. So verflüssigen sich in BID die traditionellen Grenzen zwischen hoheitlich-öffentlicher und privater Sphäre (Pütz 2008, 8). BID sind quasi-öffentlich, weil sie gesetzlich legitimiert sind und der Staat die Abgaben von den Grundeigentümern erhebt und an den BID-Träger weiterleitet. Sie sind zugleich privater Natur, weil Grundbesitzer und Gewerbetreibende die maßgeblichen Akteure in BID stellen und entsprechend ihrer Interessen deren Handlungsfelder ausrichten. Gleichermäßen stehen BID für neue Governance-Strukturen, da sie stärker netzwerkförmig (z. B. kontrolliert durch Lenkungsgremien) und projektförmig (z. B. stets zeitlich befristet) organisiert sind. BID stehen als subkommunale Governance-Form für ein Downscaling von Aufgaben, bei dem entsprechend einer neoliberalen Regierungsrationale das Quartier und die darin agierenden Grundeigentümer/Unternehmer Verantwortung für Stadtpolitik mit übernehmen sollen. Dies

kommt beispielsweise in der Grundsatzrede des Hamburger Bürgermeisters Ole von Beust zum Ausdruck, mit der er – erstmals in Deutschland – die Einführung von BID in Hamburg ankündigt:

„Neben der Organisation der Verwaltung wird es auch um die *größere Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger* bei der Gestaltung der Stadt gehen. Angelsächsische Länder haben hier ein Modell entwickelt, das auch für uns vorbildlich sein kann, die sog. Business Improvement Districts. Die Menschen nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand, der *Staat zieht sich zurück*, Eigenverantwortung greift um sich, und die *Probleme werden schneller gelöst*. Ich will, dass ein solches Modell in einem ausgewählten Quartier in Kürze begonnen wird.“ (Beust 2003, 8, Hervorhebungen, auch im Folgenden, durch die Verfasser)

Eine solche Aktivierung lokaler Akteure für die Belange ihres Viertels kann ambivalent beurteilt werden. Was Befürworter von BID als Demokratisierung feiern, ist aus Sicht der kritischen Stadtforschung Teil einer Verschiebung der Verantwortlichkeiten für Stadtentwicklungspolitik (Rosol 2012). Hierbei ist allerdings zu betrachten, inwieweit die Stadt ihre Rolle als Kontrollorgan von BID wahrnimmt. Dies ist z. B. in Deutschland in sehr viel stärkerem Maße der Fall als in den USA.

Zweifelsohne geht mit der Implementierung von BID eine Neukonfiguration der Governance-Strukturen im Sinne eines „roll out neoliberalism“ (Peck/Tickell 2002) einher, die nicht durch die Zurückdrängung des Staates, sondern seine Reorganisation geprägt ist: „What is ‘neo’ about neoliberalism, namely, the remaking and redeployment of the state as the core agency that actively fabricates the subjectivities, social relations and collective representations suited to making the fiction of markets real and consequential“ (Wacquant 2012, 68). Die stärkere Rolle privater Akteure wird durch BID auch institutionell gefestigt (Michel/Stein 2014). So hat Hamburg BID-Ansprechpartner eingerichtet, die direkt den Bezirksbürgermeistern unterstehen sowie auf Landesebene einen BID-Beauftragten, der die BID koordiniert und zu einem zentralen Politikfeld des Stadtstaates macht. Und schließlich werden BID in Hamburg als Träger öffentlicher Belange akzeptiert und können so in

Planungsverfahren zukünftig eine noch stärker gestalterische Rolle einnehmen. Dieser institutionelle Umbau hat das Selbstverständnis der privaten Akteure mittlerweile deutlich verändert, wie der Vertreter eines Hamburger BID in einem Interview zum Ausdruck bringt:

„Und das ist also auch wichtig zu zeigen, dass das nicht etwas ist, was das BID erledigt, was die Stadt machen müsste, sondern dass das zusätzliche Möglichkeiten darstellt. [...] Dass wir [...] als *Träger öffentlicher Belange* [...] die Möglichkeit haben, die Stadt zu *zwingen*, das wirklich zu machen, was sie machen muss.“

Wie das Zitat zeigt, können die institutionellen Veränderungen im Zuge der Implementierung von BID auch mit inhaltlichen Veränderungen in der Stadtpolitik einhergehen. BID verstehen sich als Lobbyarbeiter für ihre Gebiete und vermögen es durch die institutionellen Restrukturierungen, dies in spezifischen Situationen durchzusetzen. Aufgrund der Stärkung privater Akteure und deren kommerziellen Interessen werden BID interpretiert als Teil eines allgemeinen Trends zur Privatisierung des öffentlichen Raums (Glasze 2001). Zudem wird konstatiert, dass der Umstand, dass auch Flächen im öffentlichen Eigentum zunehmend privatwirtschaftlichen Interessen unterliegen, mit Exklusionspraktiken einhergehe und infolgedessen mit der Einführung von BID das Politikfeld „Sicherheit und Sauberkeit“ grundsätzlich an Raum gewinne (Töpfer et al. 2007).

Insgesamt impliziert die Kritik an BID mit der Annahme, ihre Verbreitung gehe mit einer Verbreitung spezifischer, unveränderter stadtpolitischer Ziele und Maßnahmen einher, die These einer zunehmenden international Politikkonvergenz. Diese Annahme wird im Folgenden anhand unterschiedlicher theoretischer Ansätze zur Mobilität von Politikmodellen kritisch diskutiert.

2 Globale Verbreitung von Business Improvement Districts als „policy transfer“ oder „urban policy mobility“

Seit den 1990er Jahren hat die internationale Ausbreitung von Politikmodellen im Zuge der fortschreitenden Globalisierung zugenommen. BID sind nur ein Beispiel für diesen Prozess, der in unterschiedlichsten Feldern der Stadtpolitik nachgewiesen werden kann: *Public-Private Partnerships* als Organisationsform (Silomon-Pflug et al. 2013), *Creative Industries* als Feld der Stadtpolitik (Prince 2010), Strategien der *urban renaissance* zur Attraktivitätssteigerung hochpreisigen innerstädtischen Wohnens (Füller et al. 2013; Marquardt et al. 2013) oder *mobile integration policies* (Pütz/Rodatz 2013), um nur einige zu nennen. Das „Konzept BID“ erscheint aber aus zwei Gründen in besonderem Maße als empirisches Beispiel geeignet, um solche Prozesse der interkommunalen und globalen Zirkulation von Politikmodellen zu rekonstruieren. Erstens formieren BID modellhaft unter einer international einheitlichen Bezeichnung, wenngleich sie in der lokalen Praxis oft umbenannt sind, und sie können auf zentrale Kriterien synthetisiert werden, wenngleich in der Praxis oft lokalspezifische Abwandlung erfolgt. Zweitens sind BID ein politisch umstrittenes Instrument, dessen Einführung auf unterschiedlichen Ebenen (Staaten, Bundesländer, Kommunen, Geschäftsleute, Eigentümer etc.) umkämpft ist und das auch scheitern kann. Solche Momente der Auseinandersetzung tragen in besonderem Maße dazu bei, zu verstehen, wie die internationale Verbreitung von Politiken funktioniert und welche Akteure, Orte und Technologien für eine „erfolgreiche“ Übertragung von einem lokalen Kontext in einen anderen erforderlich sind.

So steht Deutschland in einer Reihe von Ländern, die BID als neues Instrument der Quartiersentwicklung eingeführt haben. Nach übereinstimmender Literaturlage wurde das Konzept in den 1960er Jahren in Kanada entwickelt, in einem Bezirk mit ökonomischen Problemen im Zentrum von Toronto. Es ist Teil der Narration BID, dass der Wunsch nach mehr

Verantwortungsübernahme seinerzeit von den Geschäftsleuten selbst formuliert worden sei, indem sie von der Stadt die Verabschiedung eines Gesetzes gefordert hätten, das die Erhebung einer Abgabe für Immobilieneigentümer ermögliche, um damit Aufwertungsmaßnahmen des Geschäftsviertels finanzieren zu können. In den folgenden Jahrzehnten fand das BID-Konzept zunächst Nachahmer in anderen Teilen Torontos und der Provinz Ontario, um sich vor allem in den 1990er Jahren schließlich in ganz Kanada und den USA auszubreiten (Mitchell 2008). Nach eigenen Recherchen sind BID derzeit weltweit in mindestens 12 Ländern etabliert (vgl. Abb. 1). Sie sind stark in anglophonen Staaten vertreten, was auf die Bedeutung von Sprache bei der globalen Verbreitung von Politikmodellen verweist, darüber hinaus in Ländern Ostmitteleuropas sowie in Japan, den Niederlanden und Deutschland.

Der Befund der internationalen Ausbreitung von Politikmodellen wird sozialwissenschaftlich zunächst unter dem Stichwort „policy transfer“ diskutiert (Dolowitz/Marsh 1996). Die meisten der Arbeiten, die sich unter diesem Label versammeln, eint das Ziel, Prozesse einer vermeintlich zunehmenden internationalen Politikkonvergenz konstatieren und erklären zu können, in jüngerer Zeit auch am Beispiel BID (Peel/Lloyd 2005; Hoyt 2006; Vollmer 2011), was zu einer Ausarbeitung entsprechender Typologien geführt hat. So identifizieren Holzinger et al. (2007, 12) bspw. fünf Faktoren, die sie als Hauptträger des Prozesses internationaler Politikkonvergenz ansehen und von denen sich vier auch auf BID übertragen lassen:

1. Definition gleicher Problemstrukturen, die ähnliche Konzepte der Problemlösung nahe legen. Übertragen auf BID würde die These lauten, dass weltweit ein Bedeutungsverlust der Innenstädte im Wettbewerb mit nicht-integrierten Standorten konstatiert wird und dass entsprechend ähnliche Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung erforderlich sind.
2. Imitations- und Lernprozesse unter den Akteuren des Politiktransfers. Die These lautete hier, dass das BID-Konzept von relevanten

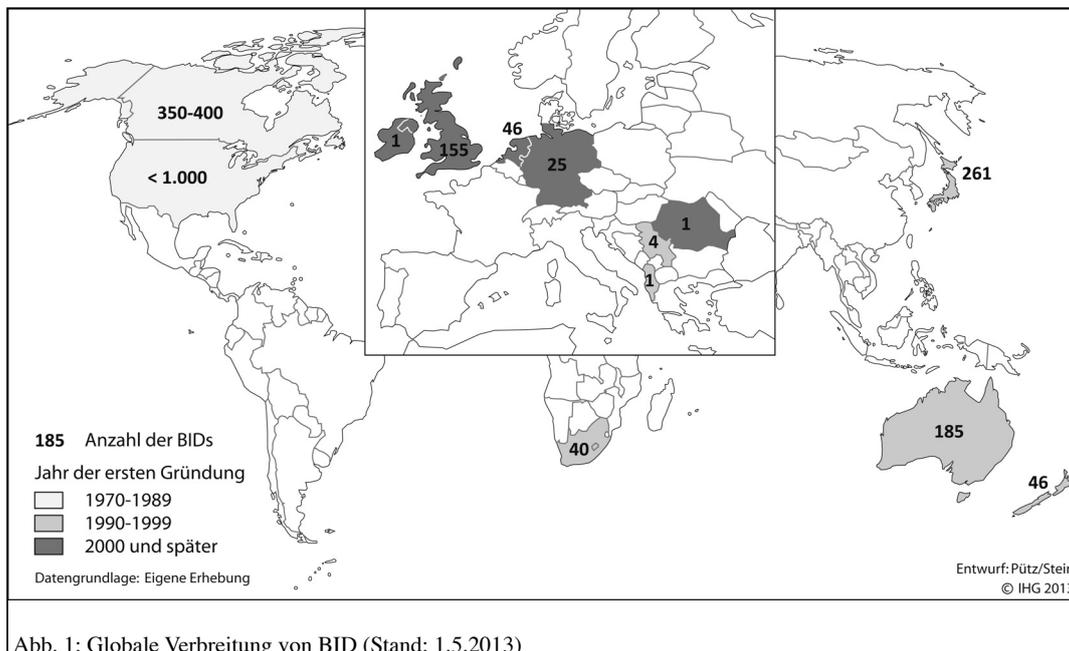


Abb. 1: Globale Verbreitung von BID (Stand: 1.5.2013)

Akteuren aus Politik, Planung und Beratung untereinander weiter getragen wird und dass internationale Institutionen diese Nachahmungsprozesse erleichtern und beschleunigen.

3. Zwang durch finanzielle oder politische Konditionalität von Seiten anderer Staaten oder Organisationen in dem Sinne, dass diese die Einführung bestimmter Regelungen zur Vorbedingung für ihre Unterstützung machen. Übertragen auf BID ließe sich diese These mit Blick auf die finanzielle und logistische Unterstützung der Verwaltungsmodernisierung in Ostmitteleuropa plausibilisieren, bei der internationale Organisationen wie USAID (Serbien) oder die GTZ (Albanien) die Implementierung von BID finanziell unterstützt haben (Schwedes 2012).
4. Anpassungszwänge, die sich aus System- oder Regulierungswettbewerb ergeben. Die These lautete hier, dass die Verlagerung von Verantwortung auf subkommunale Ebenen durch BID bestimmten Standorten Wettbewerbsvorteile in der interkommunalen Kon-

kurrenz um Investitionen etc. verschaffen würde, was andere Kommunen dazu zwänge, solche Regulierungsformen ebenfalls zu übernehmen.

Vor allem seitens der Geographie ist an der Konzeptualisierung von Politiktransfer Kritik geübt worden. Sie bezieht sich vornehmlich auf drei Punkte, die teilweise von der jüngeren *policy transfer*-Debatte reflektiert werden (Benson/Jordan 2011), deren konstruktivistisch informierte Ontologie jedoch grundsätzlich abgelehnt wird (Dolowitz/Marsh 2012).

Erstens liegt der Schwerpunkt der *policy transfer*-Forschung fast nur auf der nationalstaatlichen Ebene. Entsprechend sind auch die untersuchten Akteure und Institutionen zumeist solche mit nationalstaatlichem Bezug. Grenzüberschreitende Lernprozesse zwischen Gemeinden bleiben außerhalb des Blickfeldes. Dieses Manko macht insbesondere das Beispiel BID deutlich, weil Transfer hier multiskalar zu konzeptualisieren ist, da er sowohl die nationalstaatliche Ebene umfasst (Rahmengesetzgebung) als auch nachgelagerte Institutionen

(Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene) und vor allem lokale Akteure, Organisationen und ihre Netzwerke.

Ein zweiter Kritikpunkt zielt darauf, dass die Konzeptualisierung von Transfer unterkomplex ist. Bildlich gesprochen werden Politiken aufgefasst als Pakete, die an einem Ursprungsort „verpackt“ und an einem Empfängerort gleichermaßen „ausgepackt“ werden. Der Prozess des Reisens selbst verbleibt in einer Blackbox. Mit einer solchen Konzeptualisierung von Transfer können die vielfältigen Modifikationen von Politiken bei ihrer Anwendung in einem neuen Kontext nicht betrachtet werden.

Drittens fokussieren Arbeiten zum *policy transfer* vornehmlich auf funktionalistische Typologien von Akteuren, die an der Verbreitung von Politiken beteiligt sind. Dies lässt außer Acht, dass Transfer ein sozialer Prozess ist, bei dem Akteure in unterschiedliche soziale Kontexte eingebettet sind, die wiederum ihren Beitrag zum Wandern von Politiken prägen. Außerdem geraten mit der Akteurszentrierung andere wichtige Kontexte der internationalen Übertragung von Politiken aus dem Blick, z. B. hegemoniale Diskursformationen oder auch physisch-materielle Artefakte.

Die aufgeführten Kritikpunkte im Blick, fasst das konstruktivistisch informierte Konzept der (*urban*) *policy mobilities* die globale Zirkulation von stadtpolitischem Wissen als einen global-relationalen, sozialen und räumlich differenzierten Prozess auf, der Städte miteinander in Beziehung setzt (McCann/Ward 2011, 12). Dabei sei es die Aufgabe, gegenstandsnahe Konzeptualisierungen und empirische Beschreibungen von *mobile policies* und Zirkulationsregimen zu generieren, die lokale politische Regime miteinander verbinden (Peck 2003, 22). Das damit einhergehende relationale Raumverständnis bricht explizit mit der Auffassung von Politiktransfers zwischen diskreten Entitäten. Der Verweis auf Maseys Konzept von Orten als global-relational (1993) erlaubt stattdessen Fragen nach Prozessen, durch die Politiken in „inter-urban policy pipelines“ (Cook/Ward 2012, 142) durch ihre Kontextualisierung zugleich ver-

fügar gemacht als auch umgearbeitet werden. *Urban policy mobilities*-Ansätze eint damit das Ziel, vermeintlichen Politiktransfer nicht nur konstatieren zu wollen, sondern vor allem nach dem „Wie“ der Übertragung von Politiken in einen anderen Kontext und ihren Veränderungen dabei zu fragen.

Hiermit verbunden sind methodologische Verfahren, die es erlauben, epistemische Gemeinschaften (McCann/Ward 2011) und Netzwerke zu rekonstruieren und im Sinne eines „follow the policy“ (Peck/Theodore 2012) ihre Praktiken nachzuverfolgen, welche die Zirkulation neoliberaler Ideen und ihre Manifestation in kommunalen Politiken bedingen. Das vorgeschlagene methodische Repertoire konzentriert sich neben klassischen Instrumenten der qualitativen Sozialforschung (Inhalts- und Diskursanalysen) v. a. auf ethnographische Ansätze, die es ermöglichen, die Praktiken von Akteuren in „globalizing microspaces“ (Larner/Le Heron 2002, 765) empirisch zu fassen. Ausgehend von der konstatierten Notwendigkeit, vermachtete Prozesse der Mobilisierung von Politikmodellen methodisch fassbar zu machen, erfolgt in der jüngeren *policy mobilities*-Debatte durch McCann/Ward (2012) der Versuch einer erkenntnistheoretischen Rückbindung. Die Autoren verweisen insbesondere auf das Potential der Ansätze von z. B. Collier und Ong (2005) oder McFarlane (2009), die Städte als „emergent translocal assemblages, or moments in more globally extensive flows“ (McCann 2011b, 144) aufgefasst werden. Die Rahmung von sozio-technischen Netzwerken als Assemblage bietet die Möglichkeit, die Vielschichtigkeit, Heterogenität und Widersprüchlichkeit global-lokalen Politikmachens in Städten epistemologisch zu fassen.

Im Hinblick auf empirische Arbeiten führt die Fokussierung auf ein „studying through“ (McCann/Ward 2012) von Orten des Politikmachens im Sinne einer globalen Ethnographie (Marcus 1995; Welz 2009) zu einer Schwerpunktsetzung auf die Ausbreitung von Ideen, die mit physisch-räumlicher Mobilität von Personen und Orten des Austauschs verbunden ist. Mit einem

Verweis auf das von Harvey betonte reflexive Verhältnis von „fixity and motion“ (1982, 422) wird in den Ansätzen der *policy mobility-studies* jedoch auch den Prozessen der Kontextualisierung eine gewisse Bedeutung zugewiesen (McCann 2011b). Konzeptionell ist damit zu Grunde gelegt, dass der Einbettung mobilisierter Politiken in spezifische lokale Settings eine besondere Bedeutung für die Ausprägung eines „actually existing neoliberalism“ (Brenner/Theodore 2002) zukommt.

Den solchermaßen durch den *urban policy mobility*-Ansatz zur Verfügung stehenden methodologischen Rahmen wollen wir im Folgenden für eine Analyse der Mobilisierung und Kontextualisierung von BID in Deutschland nutzen. Wir greifen dabei auf Material zurück, das im Rahmen eines von der DFG geförderten Forschungsprojekts erhoben worden ist. Zentral für die Analyse waren dabei Interviews mit Mitarbeiter_innen lokaler Stadtentwicklungsbehörden (5 Interviews), Stadtplaner_innen (2), internationalen Entwicklungshilfeorganisationen, die an der Verbreitung von BID beteiligt sind (2), national (3) und international (2) agierenden Beratungsunternehmen, Vertreter_innen von Industrie- und Handelskammern (5) und Vertreter_innen von BID-Aufgabenträgern (8). Das aus diesen Interviews mittels Aufzeichnung und Transkription gewonnene Material wurde inhaltsanalytisch ausgewertet. Es wurde ergänzt durch Protokolle teilnehmender Beobachtungen an zweierlei „Orten des Politikmachens“, die im Sinne einer globalen Ethnographie lokaler Mikroprozesse besonders relevant für die internationale Mobilisierung von BID sind. Zum einen wurden nationale (4) und internationale (2) Tagungen zum Thema BID bzw. zur Revitalisierung von Innenstädten besucht und per Mitschnitt sowie Feldprotokoll dokumentiert. Mit dem gleichen methodischen Zugriff wurden internationale Exkursionen (6) begleitet, bei denen Besucherdelegationen BID vorgestellt wurden. Außerdem wurde eine Diskursanalyse eines Korpus aus Gesetzestexten (v. a. BID-Gesetze in Deutschland), Ratsprotokollen (u. a. Senatsbeschlüsse und Debatten in Hamburg und

Frankfurt), Ratgeberliteratur (u. a. Leitfäden zur Implementierung von BID) und über 600 Zeitungsartikeln zu BID in Deutschland durchgeführt, um die Hauptlinien der Expertendiskurse sowie der politischen und medialen Debatten um BID in Deutschland abzubilden.

3 BID in Deutschland als Beispiel für die Kontextualisierung einer global verfügbaren „mobile policy“

In Deutschland wurde das erste BID 2005 in Hamburg gegründet, das heute mit zehn BID die meisten in Deutschland beherbergt. Der Prozess der Etablierung dieses Modells ist bislang noch nicht abgeschlossen. So haben bis Anfang 2013 mit Hessen, Schleswig-Holstein, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und dem Saarland sechs weitere Länder die gesetzliche Grundlage für BID geschaffen, in anderen Bundesländern wird die Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens 2014 vorbereitet (z. B. Baden-Württemberg) oder diskutiert (z. B. Rheinland-Pfalz)(vgl. Abb. 2). Die Landesregierungen in Bayern und Berlin haben BID als Instrument zur Quartiersentwicklung aber bereits explizit abgelehnt, was darauf verweist, dass die Übertragung dieses Politikmodells nicht widerspruchsfrei verläuft und auf vielfältigen Ebenen verhindert werden kann (s. u.).

3.1 Akteure der *policy mobility*

Sowohl Autoren des klassischen *policy transfer*-Ansatzes wie auch jüngere Arbeiten der *policy mobilities* verweisen auf die Bedeutung von Akteuren bei der Mobilisierung und Kontextualisierung von Politiken, wobei erstere eher typologisierend arbeiten (vgl. Stone 2004) und letztere zudem die Situiertheit von Akteurshandeln betonen (vgl. McCann 2011a) und damit verdeutlichen, wie Akteure an der Wanderung, Kontextualisierung sowie Veränderung von neoliberalen Stadtentwicklungsmodellen beteiligt sind. Dies zeigt auch unsere Rekonstruktion der Einführung von BID in Deutschland.

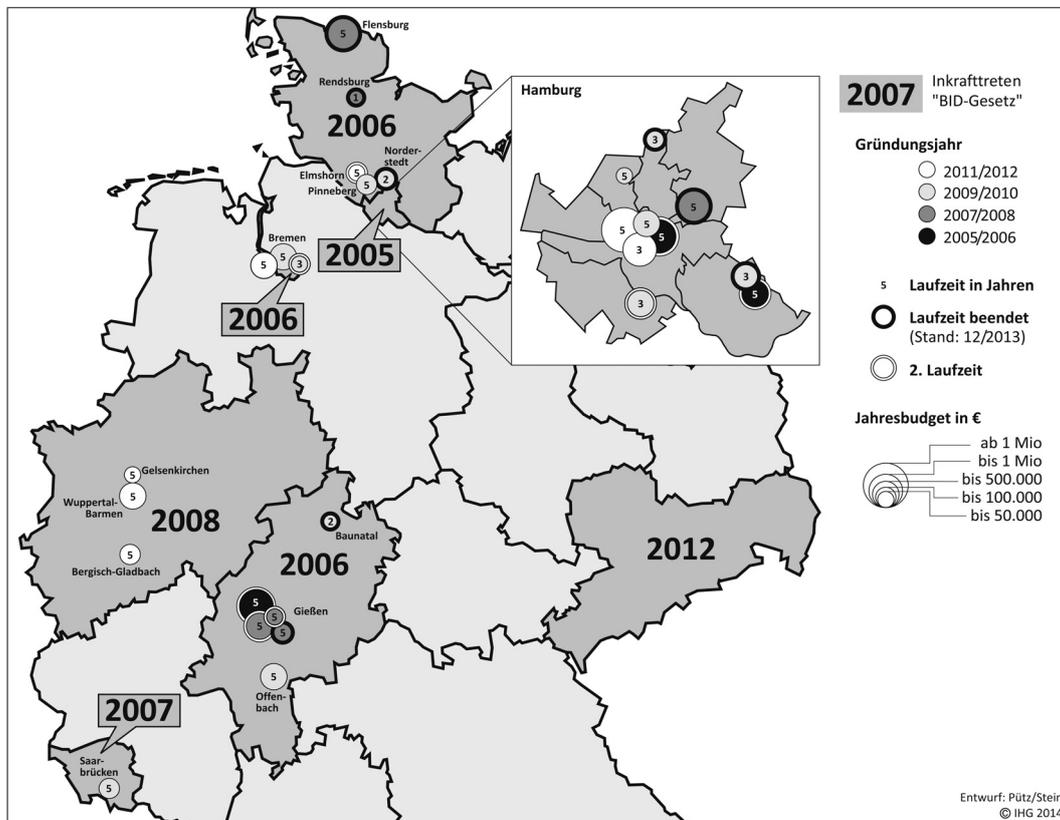


Abb. 2: Business Improvement Districts in Deutschland (Stand: 31.12.2013)

So verdeutlicht die für Deutschland initiale Implementierung von BID in Hamburg die maßgebliche Rolle machtvoller gewählter Offizieller. Dies kommt vor allem in der bereits erwähnten Rede von Hamburgs Oberbürgermeister Ole von Beust zum Ausdruck, mit der er die Einführung von BID zur Chefsache erklärte. Nicht zuletzt seine starken Worte waren verantwortlich dafür, dass in Hamburg die Stadt eine dominierende Rolle bei der Implementierung von BID übernahm, eine multiskalare BID-Infrastruktur und ein Netzwerk aus Verwaltungskräften mit BID-Zuständigkeiten aufbaute und bis heute koordiniert. So wurde in Hamburg – deutschlandweit einzigartig – mit Fritjhof Büttner als BID-Beauftragtem ein leitender Beamter für BID-Belange abgestellt, der als Schnittstelle zu den Bezirksämtern fungiert und darüber hinaus

mit Publikationen, Vortragsreisen, Expertenmeetings vor allem in stadtpolitischen Netzwerken selbst zu einem maßgeblichen Akteur in der Verbreitung des BID-Konzeptes in Deutschland geworden ist.

Machtvolle politische Akteure vermögen neue Instrumente der Stadtpolitik durchzusetzen, beziehen sich aber in der Regel auf einen vielschichtigen Expertendiskurs, der umkämpft ist und von unterschiedlich situierten Interessengruppen getragen wird. Ausgehend von einer Initiative des Städtebauministeriums in Nordrhein-Westfalen (Bloem/Bock 2001) und nachfolgend unterstützt von Lobbygruppen und Beratungsunternehmen aus dem Bereich Stadtentwicklung und Stadtmarketing (BCSD 2003) agierten in Deutschland die lokalen Industrie- und Handelskammern und vor allem

deren Dachverband als Lobbygruppe für die Einführung von BID. So hat der Deutscher Industrie- und Handelskammertag frühzeitig Positionspapiere zu BID verfasst (u. a. DIHK 2006). Diese sowie vor allem die von lokalen Sektionen der Handelskammern in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesbehörden herausgegebenen Leitfäden zur Implementierung von BID (z. B. Achenbach 2009; BSU 2006) prägten in der Folge die Fachdebatte. Darüber hinaus ist der DIHK mit der Durchführung von Arbeitskreisen, Exkursionen zu Vorbild-BID sowie BID-Kongressen maßgeblich damit befasst, BID-Aktivitäten zu vernetzen, kontinuierlichen Austausch am Leben zu erhalten und somit als übergeordnete Koordinierungsstelle zu fungieren. Trotz dieser konzentriert erscheinenden Entwicklung sind die Initiativen zur Einführung von BID umstritten und die Linien von Zustimmung oder Ablehnung verlaufen auch innerhalb von Verbänden uneinheitlich, was zu einem regional sehr unterschiedlichen „Erfolg“ der Einführung von BID führt. So positioniert sich die IHK Berlin (2012) seit Jahren explizit gegen BID. Und während sich der Interessenverband der Haus- und Grundeigentümer bundesweit und in einzelnen Städten explizit gegen BID ausgesprochen hat (z. B. Haus & Grund Deutschland 2004; Haus & Grund Wiesbaden 2005), unterstützte nach unseren Erhebungen der Grundeigentümerverband in Hamburg die Einführung des dortigen BID-Gesetzes.

Als weitere wesentliche Gruppe von Akteuren der Politik-Mobilisierung können wir anhand der Fallstudie Deutschland *Policy Entrepreneurs* bzw. mit McCann (2011a) die *global policy consultancy* identifizieren: professionelle Politikberatungen, die eint, dass sie ein wirtschaftliches Interesse an der Verbreitung des BID-Modells haben und weltweit auf der Suche sind nach Best-Practice-Beispielen und Politikmodellen, die sie in ihr Beratungsportfolio aufnehmen können. In Deutschland stehen hierfür exemplarisch das Beratungsbüro Heinze und Partner und die CIMA Beratung und Management GmbH. So waren Heinze und Partner an mindestens vier BID-Initiativen in Deutschland in unterschied-

lichen Implementierungsphasen von der Konzeptentwicklung bis zur formellen Etablierung beteiligt, indem sie Informationsveranstaltungen koordinierten, Befragungen unter Geschäftsleuten durchführten oder Maßnahmen- und Finanzierungspläne entwarfen. Die CIMA GmbH, die sich selbst als „Kompetenzzentrum für Stadt- und Regionalentwicklung und für Marketing im öffentlichen Sektor“ (www.cima.de) bezeichnet, war mit der Organisation von Expertenhearings, der Ausarbeitung von Positionspapieren oder der Organisation von Studienreisen frühzeitig aktiv an der Lobbyarbeit für BID-Gesetzgebungen beteiligt (BCSD 2003) und ist heute noch als Aufgabenträger diverser BID wirtschaftlicher Nutznießer ihrer Umsetzung. Solche privatwirtschaftlichen Politikberatungen verbreiten BID nicht nur über Beratungsaufträge, sondern auch durch ihre Rolle als Experten, die auf Vorträgen nationale wie internationale Best-Practice-Lösungen vorstellen. Als dritter Typus eines *policy entrepreneurs* erweisen sich in Deutschland Unternehmen, die sowohl an der Konzipierung von BID beteiligt sind als auch von der laufenden BID-Arbeit geschäftlich profitieren, indem sie als Aufgabenträger mit der Durchführung der BID-Maßnahmen beauftragt werden. Hierzu zählen neben den genannten Firmen auch lokale Unternehmen, die auch etwaige bauliche Maßnahmen ausführen und so mit BID z. T. größere Millionenbeträge umsetzen (z. B. in Hamburg die BID-Tochtergesellschaft der Otto Wulff Bauunternehmung GmbH, www.otto-wulff.de).

Die vielfältigen privaten wie öffentlichen Akteure aus Politik, Planung und Beratung sowie Interessenvertreter bilden eine internationale BID-Community. Diese wird durch internationale Standesvertretungen bzw. institutionalisierte transnationale Netzwerke sichtbar und gefestigt. International maßgeblich ist hier die International Downtown Association (IDA, www.ida-downtown.org), eine Dachorganisation von weltweit mehr als 650 Institutionen und Gebietskörperschaften, die von thematisch orientierten Fachkongressen für ihre Mitglieder über die Publikation einschlägiger Ratgeberliteratur bis zur Veranstaltung von Fortbildungssemi-

naren maßgeblich zur Erstellung und globalen Zirkulation von Blaupausen-Konzepten der Innenstadtrevitalisierung durch BID beitragen. Auch für die Protagonisten der deutschen BID-Community sind die Aktivitäten der IDA ein Referenzpunkt für ihre Arbeit, sie bleiben in ihrem Stellenwert aber hinter der Bedeutung nationaler Foren zurück.

Ausschlaggebend für die länderübergreifende Verbreitung von Politikmodellen waren nach unseren Erhebungen darüber hinaus Organisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, die als „Globalisierungsbeschleuniger“ von BID wirken, indem sie – wie USAID in Serbien oder die GIZ in Albanien – im Zuge der Unterstützung bei der Verwaltungsmodernisierung Projekte der Politikberatung finanzieren, die die Gründung von BID zum Ziel haben. Innerhalb Europas erwiesen sich transnationale Regierungsorganisationen wie die EU als maßgeblich, die durch Förderprogramme gezielt Vergleiche von Politiken unter ihren Mitgliedstaaten fördern, um intern einen Wettbewerb um „gute Politiken“ zu initiieren. So fördert die EU im Rahmen ihres Interreg „North Sea Region Programmes“ von 2007-2013 den inter-urbanen Austausch von Stadtentwicklungskonzepten unter dem Motto „making places profitable“ (www.mp4-interreg.eu). Als Projektpartner haben die HafenCity Universität Hamburg und die von der Stadt Hamburg gegründete Lawaetz-Stiftung das Konzept und die Umsetzung von BID in der Hansestadt auf Tagungen und Vor-Ort-Besichtigungen kommunalpolitischen Akteuren aus Nordsee-Anrainerstaaten als erfolgreiche und übertragbare Stadtentwicklungspolitik präsentiert.

Insgesamt kann mit Blick auf die Bedeutung von Akteuren festgehalten werden, dass Zirkulationen von Politikmodellen wie BID von Wissens-/Erkenntnisgemeinschaften getragen werden, die Wissen um politische Modelle transferieren, vor Ort einbetten und in ihrer Praxis anwenden. Stadtpolitiken wie BID werden solchermaßen zugleich lokal fixiert als auch global mobilisiert.

3.2 Praktiken der Politikzirkulation in *Globalizing Micro-Spaces*

Praktiken global agierender wie lokal situierter Akteure der Politikzirkulation sind stark an unterstützende Infrastrukturen gebunden. Im Falle von BID konnten wir insbesondere die Bedeutung von Tagungen, Kongressen und Arbeitskreisen rekonstruieren. Auf internationaler Ebene erweist sich insbesondere der IDA-Jahreskongress als die Schlüsselveranstaltung zur Stabilisierung des internationalen BID-Netzwerkes, auf der hunderte von Experten aus der ganzen Welt zusammenkommen. Sie tauschen dort Erfahrungen mit BID aus, sie entheben durch Vorträge BID aus ihren jeweiligen lokalen Kontexten, reduzieren sie auf Basiselemente und machen sie damit global mobilisierbar, sie vergewissern sich im Smalltalk in Tagungspausen der Zugehörigkeit zu einer internationalen Gemeinschaft, oder sie informieren sich bei der anwesenden Industrie über aktuelle Muster von Weihnachtsbeleuchtungen oder Mülleimern. Im nationalen Kontext ragen die vom DIHK organisierten „BID-Bundeskongresse“ aus der Fülle an Veranstaltungen heraus. In ihrem Rahmen wird jährlich ein BID mit dem „BID-Award“ für besondere Leistungen ausgezeichnet. Darüber hinaus werden dezidiert internationale Experten präsentiert, die über ihre Erfahrungen mit BID in ihrem Land berichten. Eine solche Form der Präsentation dient zum einen der Selbstvergewisserung, gute Stadtpolitik „auf der Höhe der Zeit“ zu machen. Zum anderen fördert die Darstellung von best-practices die Inszenierung von Politik-Gurus und mit ihnen assoziierten „Best-Places“ (McCann 2004). Tagungen sind damit Teil der Produktion einer neoliberalen Vision von Stadt, die als Teil eines übergreifenden Prozesses interurbaner Konkurrenz kommodifiziert und vermarktet wird (Brenner/Theodore 2002). Für die Verbreitung von Best Practice-Lösungen und das Aufgreifen von Politiken, die sich andernorts etabliert haben, sind Informationsreisen ein maßgebliches Setting, das physische Kopräsenz ermöglicht. So kann für fast alle Länder, die BID implementiert haben, nachgewiesen

werden, dass Repräsentanten zuvor mit Delegationen Exkursionen in die USA, insbesondere nach New York, durchgeführt haben (z. B. Südafrika 1996; Hoyt 2006; Serbien 2002; USAID 2007; Ward 2007). Im Falle Deutschlands hat der DIHK 2003 eine BID-Informationsreise in die USA initiiert (Fuchs 2004), an der zahlreiche der Akteure teilnahmen, die später eine maßgebliche Rolle bei der Gründung von BID in Deutschland spielten. Nach eigener Anschauung erhalten die Teilnehmer auf solchen Touren „BID zum Anfassen“, mit spontanen Kurzinterviews mit (zufriedenen) Beschäftigten, der Besichtigung von Infrastruktur, Smalltalks mit Geschäftsinhabern, die auf den Erfolg von BID verweisen etc. Innerhalb Deutschlands kommt Hamburg mittlerweile eine vergleichbare Stellung als Ziel von Informationsreisen von Akteuren aus anderen Städten zu – mit einer nachhaltigen Wirkung, wie Interviews mit Repräsentanten einer letztlich gescheiterten BID-Initiative in Wiesbaden belegen:

„Der Innensenator war das, der uns empfangen hat, das war eine *richtige Abordnung, die aus Wiesbaden kam*. Die dann auch mit dem entsprechenden Gegenüber aus Hamburg zusammengesessen hat, die berichtet haben über das BID in Hamburg. [...] Das war schon *beeindruckend, wie viel Mühe* die sich gemacht haben.“ (Verein Wiesbaden-Taunusstraße).

3.3 Machtvolle Diskursformationen

Die Stilisierung von BID-Repräsentanten der ersten Stunde zu Stars der internationalen BID-Community, die Prämierung von besonders „erfolgreichen“ BID sowie Exkursionen in Städte mit vermeintlichen Best-Practice-Lösungen zeigen, dass wandernde Politiken maßgeblich durch machtvolle geographische Imaginationen in Form von Vorbildstädten geprägt werden. So ist die Ikonisierung des BID-Modells durch die Verbindung mit der Stadtpolitik New Yorks entscheidend für seine spätere Verbreitung in andere Länder. BID boomten in New York vor allem in den 1990er Jahren und fügten sich mit ihrem starken Fokus auf Sicherheit und Sauberkeit und ihre starke Sichtbarkeit mittels

uniformierten Wach- und Servicepersonals in die *zero tolerance*-Politik unter dem damaligen Bürgermeister Rudolph Giuliani ein. Entscheidender Schritt in der Erfolgsnarration von BID war es somit, mit dem wirtschaftlichen Aufschwung New Yorks in den 1990er Jahren identifiziert werden zu können. Denn erst damit konnte das BID-Modell zu einem weltweit zitierbaren konzeptionellen Vorbild für die Revitalisierung von unter Abwertungsdruck stehenden Geschäftsvierteln werden und gleichermaßen den empirischen Beleg für den Erfolg des Modells liefern.

Neben der Möglichkeit, mit New York oder – national – Hamburg auf „erfolgreiche“ Vorbilder verweisen zu können, erweisen sich nach unserer Arbeit territorial gebundene Krisendiskurse als entscheidend für eine lokale Verwirklichung des BID-Konzepts. BID müssen an lokale Problemwahrnehmungen anschließen, um als erfolgversprechende Lösungsstrategie fungieren zu können. Solche Krisendiskurse thematisieren z. B. in den USA und Südafrika (Michel 2013) in der Regel Sicherheitsfragen und die fehlende Kraft der öffentlichen Hand, für ausreichende Sicherheit sorgen zu können, die der BID dann bereitstellen könne. In Deutschland spielen solche Unsicherheitsdiskurse nur eine untergeordnete Rolle, so gibt mit Hamburg-Bergedorf nur ein einziger BID einen signifikanten Budgetanteil für private Sicherheitsdienste aus. Hier bilden vor allem Schreckensszenarien verödeter Innenstädte durch periphere Shopping-Center die vorherrschende Legitimation. Dies ist in Gesetzgebungsverfahren auf Länderebene nachzuweisen, wie auch in Implementierungsverfahren auf der kommunalen Ebene.

„Also ohne diese *Center-Angst* wären die BID vermutlich, auf alle Fälle nicht so schnell, wenn überhaupt, vielleicht gar nicht entstanden. Also man braucht scheinbar *was, was einen eint*.“ (Abgeordneter des hessischen Landtags)

„Wir hatten natürlich den Vorteil, dass wir in Gießen die *Basis mobilisieren* konnten durch die Neugründung und die Ansiedlung der Galerie Neustädter Tor, das war natürlich für ganz viele hier in Gießen ein *Feindbild*, das war wie der *Todesstern*, ‚the Evil Empire‘, [...] und wir hatten hier ein Feindbild, wo wir extrem leicht und

effektiv Hausbesitzer mobilisieren konnten.“ (Vertreter eines Gießener BID)

Die Fixierung diskursiver Problematisierungen und Legitimierungen von BID ist temporal und es kommt zu diskursiven Verschiebungen, wie sich am Beispiel der BID-Debatte in Deutschland zeigt. So wurden kritische Aussagen, BID könnten aufgrund der Förderung von Immobilien- und Einzelhandelsinteressen und dem Fokus auf der Schaffung konsumierbarer Innenstadträume evtl. auch – wie Shopping-Center – zu einer Uniformisierung des Angebots und einer „Mallifizierung“ von Innenstädten beitragen, im BID-Legitimationsdiskurs inkludiert und so gewendet, dass BID nun als Bewahrer des Städtischen gelten, die den monotonen Shopping-Centern vielfältige gewachsene Innenstädte entgegensetzen. Diese beinhalten als Ort der Begegnung mit dem Fremden vermeintlich klassische Funktionen der europäischen Stadt. So werden kritische Stimmen im BID-Diskurs, dass BID – insbesondere mit Blick auf die USA (Marquardt/Füller 2012) – durch selektive Sicherheits- und Kontrollstrategien zum Ausschluss von Bevölkerungsgruppen führten, die nicht der Kommodifizierbarkeit des Standortes dienen, in der deutschen Debatte inkludiert und gewendet:

„Im Shopping Center finden keine Demonstrationen statt und da sitzen auch keine Bettler. [...] Mit dem BID haben wir ja ein Instrument, [...] diese gewachsenen Quartiere wettbewerbsfähig zu halten und dafür zu sorgen, dass sie auch in 10, 20, 30 Jahren noch belebte Quartiere sind, wo Geschäfte sind, aber eben auch die Obdachlosen.“ (IHK-Repräsentant)

3.4 BID als soziotechnische Netzwerke

Trotz einer nach wie vor inhärenten Fokussierung auf Akteure als maßgebliche Protagonisten internationaler Politik-Wanderungen integriert das *policy mobility*-Konzept mit Assemblage-Ansätzen zunehmend Theorien, die die Akteursfokussierung aufbrechen. Die vorliegenden Rezeptionen von Assemblage beziehen sich vor allem auf Aspekte, die es ermöglichen, das Verhältnis von mobilisierten

Politiken und ihren lokalen Manifestationen sowie die darin entstehenden Kämpfe, Allianzen und Übersetzungen zu rahmen. Das Potenzial von Assemblage-Ansätzen kann darüber hinaus in der Akzeptanz der Auffassung gesehen werden, dass auch nicht-menschliche Entitäten das Vermögen haben, Veränderungen auszulösen und damit wie Handlungen zu wirken: „Agency (...) is the action or the force that leads to one particular enactment of the city, and this force is simultaneously social and material“ (McFarlane 2011, 215 nach Farías 2009).

In diesem Sinne könnten BID als soziotechnische Netzwerke aufgefasst werden. Solche umfassen menschliche Akteure, aber eben auch physisch-materielle Artefakte und technische Infrastruktur, die einen spezifischen Beitrag zur Stabilisierung des Netzwerkes wie zu seiner kontinuierlichen Ausdehnung leisten. Mit Bezug auf Bruno Latours Konzept der „immutable mobiles“ (1990) können in Anlehnung an Collier und Ong (2005) oder McFarlane für die Einführung von BID in Deutschland „glossy policy documents“ (2011, 215) identifiziert werden, also zentrale strategische oder operative Dokumente, auf die in der BID-Community permanent als Referenz Bezug genommen wird und die dementsprechend wie Blaupausen für Politikmodelle wirken. Eine für die Ausbreitung von BID in Deutschland zentrale Rolle als Blaupause hat das Hamburger BID-Gesetz. Wie ein Vergleich der 2013 vorliegenden Landesgesetze zeigt, diente es fast allen anderen Gesetzgebern als Vorlage, die in späteren Gesetzgebungsverfahren in großen Teilen wortgleich übernommen wurde und oftmals nur geringfügige Anpassungen, z. B. hinsichtlich der zu erreichenden Quoren oder der zu beteiligenden Gruppen, erfuhr.

3.5 Globale Mobilisierung vs. lokale Kontextualisierung

Auch mobile Politiken wie BID werden stark durch territorial gebundene Strukturen gefasst, da sich Stadtpolitik in großem Maße pfadabhängig entwickelt. Die Konstituierung von Stadtpolitik

kann nach dem Überblick zu Deutschland als Assemblage aus machtvollen Diskursen, situier-ten Praktiken von Akteuren und Materialitäten aufgefasst werden, worin kontinuierlich global verfügbare Politikmodelle angewendet, abgelehnt oder verändert werden, wobei die lokale Zusammenführung von weltweit zirkulierenden Poli-tiken zukünftige Pfadabhängigkeiten prägt. Um als Vorbild dienen zu können, müssen Politiken dekontextualisiert oder auf einfach übertragbare Erfolgsrezepte reduziert werden. Um erfolgreich eingebettet zu werden, müssen sie kontextualisiert werden. Sie müssen sich in territorial gebundene Rechtsordnungen einpassen, sie müssen an lo-kalespezifische institutionelle Gefüge andocken und sich entsprechend organisatorisch aufstellen, lokal gebundene stadtpolitische Erfahrungen z. B. mit anderen partizipativen Instrumenten können die Chance einer „erfolgreichen“ Adaption deut-lich erhöhen oder reduzieren.

Trotz der Rekurrerung auf ein vermeintlich klar definiertes Politikmodell arbeiten unter der Bezeichnung BID sehr heterogene Projekte. Dies gilt für unterschiedliche räumliche Ebenen. So müssen bei einem internationalen Vergleich von BID in Deutschland und den USA zunächst allgemein wesentliche Unterschiede konstatiert werden (Michel/Stein 2014). So sind BID in Deutschland stets zeitlich befristet – in Hessen läuft die BID-Gesetzgebung z. B. nach fünf Jah-ren aus –, während BID in den USA dauerhaft angelegt sind. Zudem ist die öffentliche Hand in Deutschland sehr viel stärker. Die Gründung eines BID wie auch dessen Arbeit findet stets unter erheblicher Beteiligung und Kontrolle der Kommune statt. Oft sind Kommunen wie in Hamburg die Initiatoren der BID-Gründung. Entsprechend der hier zum Ausdruck kommen-den geringeren Bereitschaft, Kompetenzen für Stadtentwicklungsfragen gänzlich an private Akteure abzutreten, ist ein Großteil der BID-Projekte in Deutschland auf „nachgeordnete“ Stadtentwicklungsfragen (Möblierung, Marke-ting) beschränkt. Dies ist auch darauf zurück-zuführen, dass BID in Deutschland insgesamt vergleichbar geringe Budgets haben und vor allem im städtebaulichen Bereich nur punktuell wirken können. Korrespondierend damit ist auch das Auftreten von BID in Deutschland und das Einfordern kommunalpolitischer Mitsprache

weit weniger offensiv als in den USA – viele BID vermeiden sogar, explizit im öffentlichen Raum als BID erkennbar zu sein.

Auch auf kommunaler Ebene eröffnet ein Nachspüren des Wanderns von Politiken in An-lehnung an die *policy mobility*-Perspektive eine erhebliche Heterogenität zwischen Projekten. So unterscheiden sich die Budgets sowie die Politikfelder von BID in Deutschland erheb-lich voneinander. BID mit jährlichen Budgets unter 50.000 € stehen solche mit rund 1 Mio. € Jahresetat gegenüber, und während der al-einige Zweck mancher Hamburger BID die Durchführung baulicher Maßnahmen ist (z. B. BID Hohe Bleichen), fokussieren andere fast ausnahmslos auf Marketingaktivitäten, wie die Herausgabe von Imagebroschüren. Lokale Transformationen global verfügbarer Politikmo-delle gehen soweit, dass das BID-Modell wie in Hamburg auf Wohngebiete und damit in einen völlig anderen Kontext übertragen wird und als „Housing Improvement Districts“ (vgl. Kreutz 2008) seinerseits in den internationalen Fluss von Politikmodellen eingespeist wird.

3.6 BID als Beispiel für *failed policy mobilities*

Nimmt man die Forderung des *policy mobility*-Ansatzes ernst, aufmerksamer für lokalspe-zifische Abwandlungen global verfügbarer Politikmodelle zu sein, kommt man am Beispiel BID zum Ergebnis, dass die Narration von der „Erfolgsgeschichte BID“ sowohl bezüglich der internationalen Ausbreitung als auch bezüg-lich der Durchsetzung in Deutschland stark zu relativieren ist. So zeigt das Beispiel Hessen exemplarisch für ganz Deutschland, dass zahl-reiche Versuche, BID zu implementieren, in un-terschiedlichen Phasen des Gründungsprozesses scheitern. In Hessen – und dies dürfte auch für andere Bundesländer zutreffen – übersteigt nach unseren Erhebungen die Zahl erfolgloser Ver-suche sogar die Zahl an realisierten Gründungen (vgl. Abb. 3).

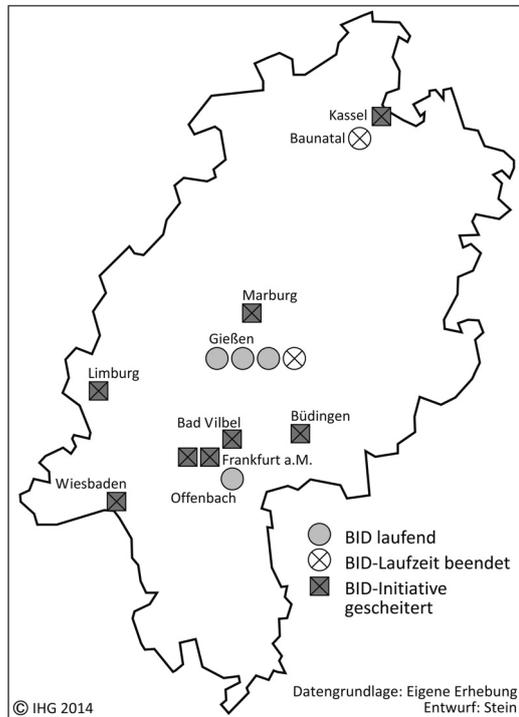


Abb. 3: BID und gescheiterte BID-Initiativen in Hessen

Die Gründe dafür, dass Versuche der Politikübertragung scheitern und BID entsprechend weit weniger verbreitet sind als der Expertendiskurs suggeriert, sind vielfältig. BID scheitern daran, dass es nicht gelingt, einen Krisendiskurs erfolgreich zu etablieren, weil lokal andere Probleme als relevant wahrgenommen werden als jene, für die BID Problemlösungskompetenz reklamieren. Sie scheitern daran, dass es machtvollen Akteuren vor Ort oder machtvollen Interessenvertretungen bereits im Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene gelingt, Widerstände gegen BID, z. B. über eine andere Auffassung von der Rolle des Staates bei der Leistungserbringung, zu mobilisieren. Dabei sind die Koalitionen von Befürwortern und Gegnern von Fall zu Fall unterschiedlich und laufen quer zu parteilichen (dies gilt insbesondere auch auf Bundesländerebene) oder funktionalen (Hausbesitzer, Einzelhandel, Verwaltung, Politik) Grenzen. Sie scheitern an

einer grundsätzlich skeptischen Haltung der öffentlichen Hand, Kompetenzen an private Akteure zu übertragen oder überhaupt neue Akteure auf der stadtpolitischen Bühne zu akzeptieren. Sie scheitern schlicht am Beharrungsvermögen lokaler Verwaltungen politischen oder prozessualen Veränderungen gegenüber.

Scheitern bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass damit auch lokale Neoliberalisierungsprozesse zu einem Ende kommen. Selbst im Falle des Scheiterns eines BID an einem Widerspruchsquorum, das zeigt beispielsweise die Analyse der BID-Initiative in Frankfurt-Höchst (hier fanden Teile der BID-Agenda Eingang in ein städtisches Förderprogramm), wird die Neuordnung städtischen Regierens in veränderten lokalen Politikexperimenten häufig fortgeführt (Silomon-Pflug et al. 2013).

Forschungen zu gescheiterten Übertragungen global verfügbarer Politikmodelle stecken noch in den Kinderschuhen, wenngleich sie ob ihrer Implikationen für Erkenntnisse zu (Post-)Neoliberalisierungsprozessen von großer Relevanz sind. In Arbeiten, die sich konzeptionell auf *policy mobility*-Ansätze beziehen, spielen gescheiterte Übertragungen von andernorts erfolgreichen Politiken bislang kaum eine Rolle, obwohl der Bedarf nach Studien zu „failed transfer“ schon früh konstatiert wurde (z. B. Dolowitz/Marsh 2000). Auch empirisch muss angesichts der Implementierung von BID in Deutschland konstatiert werden, dass die Erfolgsgeschichte, zu der die BID-Ausbreitung im Expertendiskurs stilisiert wird, im starken Kontrast zu der überschaubaren Zahl zum Abschluss gekommener Gründungen steht und damit eher die Frage des Scheiterns als des Erfolges von BID weiter verfolgt werden sollte – Ansatzpunkte für eine solche Systematisierung von Scheitern konnten hier aufgezeigt werden. Denn bislang ist auch die *policy mobility*-Forschung durch einen „success-bias“ geprägt, der sich in zweifacher Hinsicht auszeichnet: durch eine Fokussierung der Forschung auf „erfolgreiche Transfers“ und durch eine Fokussierung auf „erfolgreiche Städte“, die als Vorbilder und Knotenpunkte im internationalen Netzwerk des Poli-

tikaustauschs fungieren. Dass die Wissenschaft damit gewissermaßen dem „success-bias“ der internationalen wie nationalen BID-Community aufsitzt, die auf Konferenzen sowie in einschlägiger Ratgeberliteratur gescheiterte Gründungen nach unseren Beobachtungen systematisch ignoriert, ist letztlich auch auf die methodologischen Implikationen des Ansatzes zurückzuführen.

4 Fazit

Für die Untersuchung der Mobilisierung und Kontextualisierung von BID in Deutschland bietet das Konzept der (*urban*) *policy mobilities* eine theoretische Folie mit großem analytischem Potential. Sie verdeutlicht, dass selbst der vermeintlich scheinbar klar definierter Modelle wie BID heterogen und widersprüchlich verläuft. Eine *policy mobility*-Perspektive erlaubt damit einen Einblick in die spezifische Verfasstheit städtischen Regierens mit global-lokalen Bezügen. Ein weiterer Gewinn gegenüber *policy-transfer*-Ansätzen liegt in der Überwindung des methodologischen Nationalismus. Durch ein relationales Raumverständnis gelingt es, unterschiedliche Skalen miteinander in Beziehung zu setzen und deren Wechselwirkung zu verdeutlichen. So findet ein breiteres Feld an Institutionen und Akteuren Eingang in die Analyse.

Wenngleich empirische Arbeiten aus dem Feld der *policy mobility*-Forschung stark auf Akteure fokussieren, ist konzeptionell angelegt, Diskurse, Pfadabhängigkeiten und situierte Praktiken in ihrer Wechselwirkung zusammen zu denken. Die Betrachtung von solchen Orten des Politikmachens als Assemblage kann als Versuch gesehen werden, die lokale Heterogenität von globalisierter Stadtpolitik einzufangen. Offen bleibt dabei jedoch, wie man die Vagheit deleuzescher Begrifflichkeiten und insgesamt einen methodologischen Eklektizismus vermeiden kann. Eine Stärke der konzeptionellen Erweiterung in Form von Assemblage liegt sicherlich darin, dass die Betonung von Heterogenität ermöglicht, die Verbreitung von Ideen städtischen

Regierens nicht als gegeben vorauszusetzen. Vielmehr entwirft ein Assemblage-Ansatz diese als in umkämpften Prozessen hergestellt, als Resultat nicht kohärenter politischer Projekte, widersprüchlicher Diskurse und ebenso diverser Praktiken. In der Kombination mit politökonomischen Perspektiven erlaubt der *policy mobilities*-Ansatz daher die Frage nach Effekten von Macht. Im Falle der Analyse der Einführung und Umsetzung von BID in Deutschland durch mehr oder weniger durchsetzungsfähige wirtschaftliche Interessen von Grundeigentümern, Einzelhändlern und ihren institutionalisierten Vertretungen bietet er gute Einblicke in die Gründe der Durchsetzung, aber auch des Scheiterns neoliberaler Stadtpolitik.

Methodisch ermöglicht der Ansatz einer „follow the policy“ ein tiefergehendes Verständnis des Austauschs und der Anwendung von Wissen über Politikmodelle, das über lokale Bezüge hinausreicht. Allerdings geht mit ihm aber auch eine starke Fokussierung auf (physische) Mobilität und dezidiert globalisierte Orte des Politikmachens einher, wie am Beispiel von Tagungen und reisenden Akteuren gezeigt. Dies impliziert sowohl die Gefahr einer Essentialisierung von Mobilität und Globalisierung als auch einer empirischen Engführung auf „erfolgreiche“ Beispiele und einer Reifizierung von „Erfolgsgeschichten“, die den epistemischen Gemeinschaften von BID-Praktikern entstammen. Das liegt zum einen darin begründet, dass „Misserfolge“ von Politikakteuren systematisch ausgeblendet werden (z. B. auf Konferenzen). Zum anderen sind BID-Initiativen, die an Widerspruchsquren scheitern oder sogar auf gar keine lokalpolitische Resonanz stießen und kurz nach ihrem Aufblähen schon wieder verschwinden, auch für ethnographische Forschung nur begrenzt empirisch zugänglich und damit vielfach unsichtbar. In der Folge überhöhen der Expertendiskurs wie auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihm BID als Erfolgsgeschichte.

Nimmt man diese Einschränkungen ernst und versucht, bewusst ihre methodologischen Fallstricke zu umgehen, bietet die Analyse von *urban policy mobilities* Einblicke in die Vielge-

staltigkeit von Kontextualisierungen neoliberaler Stadtpolitik. Ebenso lassen sich differenzierte Aussagen hinsichtlich der Ausprägung eines „actually existing neoliberalism“ treffen und darlegen, wie dieser sich durch Wandelbarkeit und Kooptierung von Widerständen sehr flexibel zeigt. Die Machtbeziehungen zwischen Grundeigentümern, Einzelhändlern und einem weiterhin starken, lokal sehr unterschiedlich agierenden Staat, so zeigen die Fallbeispiele aus Deutschland, führen jedoch aufgrund zahlreicher Fälle des Scheiterns oder auch der Umorientierung von Versuchen der Politikübertragungen nicht unweigerlich zu einer Ausbreitung von BID oder Neoliberalisierung. Vielmehr werden BID mit dem *urban policy mobilities*-Ansatz als Element unternehmerischer Stadtpolitik verstehbar, das in seiner Verfasstheit sehr heterogen und dessen Kontextualisierung und lokale Fortschreibung zumeist umkämpft ist.

Literatur

- Achenbach, F. (2009): Leitfaden BID's und INGE in Hessen. Hilfestellung zur Stärkung der Eigeninitiative. www.offenbach.ihk.de (21.5.2013).
- BCSD (Hrsg.) (2003): Business Improvement Districts (BID) - Ein Modell (auch) für Deutschland?! Ingolstadt.
- BSU (2006): Ratgeber Business Improvement District (BID). Hamburg.
- Belina, B., Heeg, S., Pütz, R. und Vogelpohl, A. (2013): Neuordnungen des Städtischen im neoliberalen Zeitalter – Zur Einleitung. In: *Geographische Zeitschrift* 101(3-4).
- Benson, D. und Jordan, A. (2011): What Have We Learned from Policy Transfer Research? Dolowitz and Marsh Revisited. In: *Political Studies Review* 9(3), 366-378.
- Beust, O. v. (2003): Halbzeit in Hamburg – Handeln im Bund: Eine Bestandsaufnahme. Rede vor dem Übersee-Club am 22.9.2003. www.ueberseeclub.com (15.1.2012).
- Bloem, M. und Bock, S. (2001): Untersuchung von BIDs in Bezug auf Möglichkeiten und Grenzen einer Übertragbarkeit auf innerstädtische Geschäftsquartiere in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf: Eigenverlag des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Brenner, N. und Theodore, N. (2002): Cities and the Geographies of “Actually Existing Neoliberalism”. In: *Antipode* 34(3), 349-379.
- Collier, S.J. und Ong, A. (2005): Global Assemblages. Anthropological Problems. In: Ong, A. und Collier, S.J. (Hrsg.): *Global Assemblages. Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems*. Malden: Blackwell, 3-21.
- Cook, I.R. und Ward, K. (2012): Conferences, informational infrastructures and mobile policies: the process of getting Sweden ‘BID ready’. In: *European Urban and Regional Studies* 19(2), 137-152.
- DIHK (2006): Zum Thema. BID – eine neue Form von Public Private Partnership zur Zentrenentwicklung! Positionspapier vom 19.2.2006. Berlin.
- Dolowitz, D. und Marsh, D. (1996): Who Learns What from Whom. A review of the Policy Transfer Literature. In: *Political Studies* 44(2), 343-357.
- Dolowitz, D. und Marsh, D. (2000): Learning from Abroad. The Role of Policy Transfer in Contemporary Policy-Making. In: *Governance* 13(1), 5-24.
- Dolowitz, D. und Marsh, D. (2012): The Future of Policy Transfer Research. In: *Political Studies Review* 10(3), 339-345.
- Eick, V. (2012): The co-production of purified space: hybrid policing in German Business Improvement Districts. In: *European Urban and Regional Studies* 19(2), 121-136.
- Farías, I. (2009): Introduction. Decentring the object of urban studies. In: Farías, I. und Bender, T. (Hrsg.): *Urban Assemblages. How Actor-Network Theory Changes Urban Studies*. London: Routledge, 1-24.
- Fuchs, T. (2004): Business Improvement Districts in New York City. Ergebnisse einer Studienreise im Dezember 2003. www.dihk.de/inhalt/download/Bericht_BIDs_NYC.pdf (5.11.2009).
- Füller, H., Marquardt, N., Glasze, G. und Pütz, R. (2013): Urbanität nach exklusivem Rezept. In: *sub\urban* 1(1), 31-48.
- Glasze, G. (2001): Privatisierung öffentlicher Räume? Einkaufszentren, Business Improvement Districts und geschlossene Wohnkomplexe. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 75(2-3), 160-177.

- Harvey, D. (1982): *The limits to capital*. Chicago: University of Chicago Press.
- Harvey, D. (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism. The Transformation of Urban Governance in Late Capitalism. In: *Geografiska Annaler B* 71(1), 3-17.
- Haus & Grund Deutschland (2004): *Lizenz zum Abkassieren der Grundeigentümer*. o.O.
- Haus & Grund Wiesbaden (2005): *BIDs ja, aber INGE Nein! Wiesbaden*. www.hausundgrund-wiesbaden.de/pdf/presseerklaerung0511.pdf. (16.1.2014).
- Heeg, S. und Rosol, M. (2007): Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick. In: *PROKLA* 149(4), 491-509.
- Heinze, F. (2007): Quartiersentwicklung in der Praxis - Innovationen für die Innenstadt. In: *BCSD* (Hrsg.): *Business Improvement Districts. Vom ‚Ob?‘ zum ‚Wie?‘*. Aachen: Shaker, 77-81.
- Holzinger, K., Jörgens, H. und Knill, C. (2007): Transfer, Diffusion und Konvergenz. Konzepte und Kausalmechanismen. In: Holzinger, K. et al. (Hrsg.): *Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken*. Wiesbaden: VS, 11-35.
- Hoyt, L. (2006): Importing Ideas. The Transnational Transfer of Urban Revitalization Policy. In: *International Journal of Public Administration* 29, 221-243.
- IHK Berlin (2012): *Die Position der IHK Berlin zum Thema BID*. Berlin. www.ihk-berlin.de (21.5.2013).
- Kreutz, S. (2008): Stärkung von Wohnquartieren durch formelle private Initiativen. Eine kritische Betrachtung des Modells der Housing Improvement Districts. In: *RaumPlanung* 136, 11-15.
- Larner, W. und Le Heron, R. (2002): The Spaces and Subjects of a Globalising Economy. A Situated Exploration of Method. In: *Environment and Planning D Society and Space* 20(6), 753-774.
- Latour, B. (1990): *Drawing Things Together*. In: Lynch, M. und Woolgar, S. (Hrsg.): *Representation in Scientific Practice*. Cambridge: MIT Press, 19-68.
- Marcus, G.E. (1995): *Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography*. In: *Annual Review of Anthropology* 24, 95-117.
- Marquardt, N. und Füller, H. (2012): Spillover of the private city: BIDs as a pivot of social control in downtown Los Angeles. In: *European Urban and Regional Studies* 19(2), 153-166.
- Marquardt, N., Füller, H., Glasze, G. und Pütz, R. (2013): *Shaping the Urban Renaissance: New-build Luxury Developments in Berlin*. In: *Urban Studies* 50(8), 1540-1556.
- Massey, D. (1993): Power-geometry and a progressive sense of place. In: Bird, J. et al. (Hrsg.): *Mapping the Futures. Local Cultures, Global Change*. London: Routledge, 60-70.
- McCann, E. (2004): "Best Places". Interurban Competition, Quality of Life and Popular Media Discourse. In: *Urban Studies* 41(10), 1909-1929.
- McCann, E. (2011a): Urban Policy Mobilities and Global Circuits of Knowledge. Toward a Research Agenda. In: *Annals of the Association of American Geographers* 101(1), 107-130.
- McCann, E. (2011b): Veritable inventions. Cities, policies and assemblage. In: *Area* 43(2), 143-147.
- McCann, E. und Ward, K. (2011): Urban Assemblages. Territories, Relations, Practices, and Power. In: McCann, E. und Ward, K. (Hrsg.): *Mobile Urbanism. Cities and policymaking in the global age*. Minneapolis: Minnesota University Press, xiii-xxxv.
- McCann, E. und Ward, K. (2012): Assembling Urbanism: Following Policies and 'Studying Through' the Sites and Situations of Policy making. In: *Environment and Planning A* 44(1), 42-51.
- McFarlane, C. (2009): Translocal assemblages. Space, power and social movements. In: *Geoforum* 40(4), 561-567.
- McFarlane, C. (2011): Assemblage and critical urbanism. In: *City* 15(2), 204-224.
- Michel, B. (2013): Local contextualization of a global form of governance: Comparing Discourses on Business Improvement Districts in Cape Town and Hamburg. In: *Urban Geography* 34(7), 1011-1030.
- Michel, B. und Stein, C. (2014): Reclaiming the European City and Lobbying for Privilege. *Business Improvement Districts in Germany*. In: *Urban Affairs Review* DOI: 10.1177/1078087414522391.
- Mitchell, J. (2008): *Business Improvement Districts and the Shape of American Cities*. Albany: State University of New York Press.
- Peck, J. (2003): Geography and Public Policy. Mapping the Penal State. In: *Progress in Human Geography* 27(2), 222-232.
- Peck, J. und Theodore, N. (2012): Follow the policy: a distended case approach. In: *Environment and Planning A* 44(1), 21-30.
- Peck, J. und Tickell, A. (2002): *Neoliberalizing*

- space. In: Brenner, N. und Theodore, N. (Hrsg.): *Spaces of Neoliberalism. Urban restructuring in North America and Western Europe*. Malden: Blackwell, 33-57.
- Peel, D. und Lloyd, G. (2005): A Case of Business Improvement Districts for Scotland. *Policy Transfer in Practice?* In: *Planning Practice & Research* 20(1), 89-95.
- Peyroux, E., Pütz, R. und Glasze, G. (2012): Business Improvement Districts (BIDs): the internationalization and contextualization of a 'travelling concept'. In: *European Urban and Regional Studies* 19(2), 111-120.
- Prince, R. (2010): Policy transfer as policy assemblage. Making policy for the creative industries in New Zealand. In: *Environment and Planning A* 42(1), 169-186.
- Pütz, R. (2008): Business Improvement Districts als neues Modell subkommunaler Governance: Internationalisierungsprozesse und Forschungsfragen. In: Pütz, R. (Hrsg.): *Business Improvement Districts*. Geographische Handelsforschung 14. Passau, 7-20.
- Pütz, R. (2012): Business Improvement District. In: Marquardt, N. und Schreiber, V. (Hrsg.): *Ortsregister. Ein Glossar zu Räumen der Gegenwart*. Bielefeld: Transcript, 50-56.
- Pütz, R. und Rodatz, M. (2013): Kommunale Integrations- und Vielfaltskonzepte im Neoliberalismus. Zur strategischen Steuerung von Integration in deutschen Großstädten. In: *Geographische Zeitschrift* 101(3-4).
- Rosol, M. (2012): Community Volunteering as Neoliberal Strategy? Green Space Production in Berlin. In: *Antipode* 44(1), 239-257.
- Schwedes, C. (2012): Contingent stories of success. Business Improvement Districts assembled in Germany and Albania. *Jahrestagung der Association of American Geographers*. New York, 28.2.2012.
- Silomon-Pflug, F., Stein, C., Heeg, S. und Pütz, R. (2013): Die unternehmerische Stadt als Gegenstand von Urban-Policy-Mobilities-Forschung: Kontextualisierung global verfügbarer Politikmodelle am Beispiel BID und PPP in Frankfurt am Main. In: *Geographische Zeitschrift* 101(3-4).
- Stone, D. (2004): Transfer agents and global networks in the 'transnationalization' of policy. In: *Journal of European Public Policy* 11(3), 545-566.
- Töpfer, E., Eick, V. und Sambale, J. (2007): Business Improvement Districts - neues Instrument für Containment und Ausgrenzung? Erfahrungen aus Nordamerika und Großbritannien. In: *PROKLA* 37(4), 511-528.
- USAID (2007): Divac Teams Up To Promote Town's Investment Potential. www.usaid.gov/locations/europe_eurasia/press/success/2007-11-26.html (12.1.2008).
- Vollmer, A. (2011): Politik-Transfer von Business Improvement Districts (BIDs) als Beispiel für eine „Amerikanisierung“ der deutschen Stadt? In: Frey, O. und Koch, F. (Hrsg.): *Die Zukunft der Europäischen Stadt: Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel*. Wiesbaden: VS, 263-278.
- Wacquant, L. (2012): Three steps to a historical anthropology of actually existing neoliberalism. In: *Social Anthropology* 20(1), 66-79.
- Ward, K. (2007): Business Improvement Districts. Policy origins, mobile policies, and urban livability. In: *Geography Compass* 1(3), 657-672.
- Welz, G. (2009): "Sighting/Siting globalization". Gegenstandskonstruktion und Feldbegriff einer ethnographischen Globalisierungsforschung. In: Windmüller, S. et al. (Hrsg.): *Kultur - Forschung. Zum Profil einer volkskundlichen Kulturwissenschaft*. Berlin: LIT Verlag, 195-210.

Autoren:

Prof. Dr. Robert Pütz, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Institut für Humangeographie, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main, E-Mail: puetz@uni-frankfurt.de

Dipl.-Geogr. Christian Stein, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Institut für Humangeographie, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main, E-Mail: stein@geo.uni-frankfurt.de

Dr. Boris Michel, Universität Erlangen, Institut für Geographie, Wetterkreuz 15, 91058 Erlangen, E-Mail: bmichel@geographie.uni-erlangen.de

Prof. Dr. Georg Glasze, Universität Erlangen, Institut für Geographie, Wetterkreuz 15, 91058 Erlangen, E-Mail: gglasze@geographie.uni-erlangen.de